

Ansätze und Erfahrungen  
aus der Pädagogik der  
frühen Kindheit in Europa

## Von der Mutterideologie zur Reform des deutschen Betreuungssystems

Sabine Fritzen-Herkenhoff

In Deutschland gibt es eine Debatte über Reformen in Betreuungseinrichtungen für Kinder – endlich möchte man sagen. Experten und Betroffene, also Eltern und Erzieherinnen, monieren seit langem die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in deutschen Kindergärten und anderen Kindertageseinrichtungen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte und Kritikansätze gibt es Übereinstimmung in einem zentralen Punkt: Aufbewahren reicht nicht!

„Kinder des vorschulfähigen Alters nicht nur in Aufsicht zu nehmen, sondern ihnen eine ihrem Wesen entsprechende Betätigung zu geben; ihren Körper zu kräftigen, ihre Sinne zu üben und den erwachenden Geist zu beschäftigen; [...] besonders Herz und Gemüt zu leiten“, so formulierte Friedrich Fröbel 1843 die bis heute gültige Zielsetzung des Elementarbereiches, deren Geist bis ins KJHG weht.

Woran, so fragt man sich nun, liegt es dann, dass Fröbels Heimat gemeinsam mit Österreich im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern als Schlusslicht geführt wird, wenn es um qualitative Gesichtspunkte, um Bildungsansätze in der frühen Kindheit, aber auch um die Frage der Bedarfsgerechtigkeit aus Elternsicht geht?

In Deutschland gilt nach wie vor die Betreuung durch die Mutter plus klassischer Zuordnung des Vaters zur Ernährerfunktion als das Nonplusultra: „Das Kind gehört zur Mutter!“ Koste es, was es wolle – zum Beispiel lange und kostspielige Aus-

bildungswege junger Frauen, brachliegende Qualifikation angesichts eklatanten Fachkräftemangels, Zerreißproben für berufstätige Mütter, aber auch ursprünglich auf Partnerschaft ausgerichtete junge Paare, die zu Eltern geworden in die Traditionsfalle tappen – und scheitern; Kinder mit unsichtbaren Vätern und überlasteten Müttern, allein erziehend – auch in so genannten „vollständigen“ Familien. Nichts scheint den Deutschen zu teuer, wenn es um die Konservierung der Mutterideologie geht. Vereinbarkeit erscheint auf diesem Hintergrund nicht als Herausforderung an eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in Beruf und Familie mit gemeinsam praktizierter Erziehungsverantwortung von Vater und Mutter, sondern als Problem uneinsichtiger Frauen, die das Wesen wahrer Mütterlichkeit nicht erkannt haben. Öffentliche Kinderbetreuung ist dann nur eine Notlösung wider (vermeintlich) besseres Wissen. Ist das wirklich so?

Die sicher notwendige Auseinandersetzung mit den ideologischen Hemmnissen beziehungsweise der Resistenz in den Reihen der verantwortlichen Entscheidungsträger/innen für eine dringend erforderliche Reform der Kindertagesbetreuung ist jedoch nicht das Thema des vorliegenden Beitrags. Hier soll erörtert werden, warum Bildung in der frühen Kindheit a) existenziell und b) eine gesellschaftliche Aufgabe ist, und was uns unsere europäischen Nachbarn dabei voraus beziehungsweise an Anregungen zu bieten haben.

Eine angemessene Antwort auf die Frage nach dem Stellenwert von Bildung in der Kinderbetreuung kann nur gegeben werden, wenn man sich vor Augen führt, was Kinder in ihren ersten Lebensjahren brauchen, um die Welt zu erschließen. Kinder sind wissbegierig, experimentierfreudig und aufgeschlossen.

### **Kinder in der Wissensgesellschaft**

Ihre Neugierde und begeisterte Lernfähigkeit, ihr „verschwendisches Entwicklungspotenzial“ (D. Elschenbroich) aufzugreifen und weiterzuentwickeln, sie in emotionaler, kognitiver und sozialer Hinsicht anzuregen definiert nicht nur das genetische Lernprogramm der Kinder, sondern auch die Anforderungen an Erwachsene im Umgang mit kleinen Kindern. In keiner Lebensphase sind die Voraussetzungen für die persönliche Entwicklung so günstig, die Ausbildung von Grundlagen so chancenreich wie in der frühen Kindheit. Bildungsangebote haben zu dieser Zeit die besten Erfolgsaussichten.

Die ersten „Lehrer“ des Kindes im oben skizzierten Sinne sind in der Regel die Eltern. Die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben in der Familie haben sich in den vergangenen Jahren jedoch stetig verschlechtert. Nicht nur sind die Anforderungen allgemein in vielen Bereichen gestiegen; die Tendenz zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche setzt vor allem Familien unter Druck. Die Lebensform Familie ist nur schwer mit den stetig steigenden Anforderungen an Mobilität und Flexibilität des Erwerbsbereiches vereinbar. Nur wenige Eltern sind aufgrund der schlechten Vereinbarkeitsbedingungen in der Lage, das Familieneinkommen gemeinsam in Teilzeit zu erwirtschaften, um mehr Zeit für eine Erziehung der Kinder erübrigen zu können. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt ebenfalls kontinuierlich zu, verbunden mit Vollzeiterwerb beziehungsweise Sozialhil-

feabhängigkeit. Die Folgen dieser Entwicklungen sind immer häufiger eine prekäre Einkommenssituation von Familien und problematische soziale Entwicklungsbedingungen für Kinder.

### **Standortvorteil für Kommunen**

Die Begrenzung der elterlichen Möglichkeiten, ihre Kinder zu fördern und zu stimulieren, wird vor diesem Hintergrund nur zu deutlich. Damit steigt die gesellschaftliche Verantwortung, in familienergänzenden Einrichtungen die erforderlichen Impulse zu geben und auf diesem Wege auch sozialpolitische Prävention im wohlverstandenen Eigeninteresse zu leisten. Denn unbestritten gibt es ein gesellschaftliches Interesse an gut vorbereiteten jungen Menschen, deren Bedeutung mit der demographischen Stagnation wächst. Vor allem in der Kommunalpolitik setzt sich diese Einsicht immer mehr durch; denn die kommunalen Haushalte haben zunehmend mit ansteigenden Sozialhilfebudgets zu kämpfen, suchen nach Präventionsinstrumenten und finden sie immer öfter in einer systematischen Politik der Familien- und Kinderfreundlichkeit ihrer Gemeinde oder Stadt. Eine gute Kinderbetreuungsstruktur erweist sich dabei als nachhaltige Investition in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde.

Die Ernsthaftigkeit gesellschaftlicher Verantwortung lässt sich also vor allem an ihrer Bereitschaft messen, Eltern in ihren Aufgaben durch die Dienstleistung hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Vereinbarkeit von Erwerb und Erziehung zu unterstützen. Eine Aufspaltung des Erziehungssektors in öffentliche Einrichtungen einerseits, die aus Kostengründen auf niedrigem Niveau arbeiten, und private Angebote mit hohem Anspruch und ebensolchen Gebühren andererseits für eine dünne Schicht wirtschaftlich potenter Eltern muss unbedingt vermieden werden. Vor diesem

Hintergrund sind auch Ansätze, die mehr Markt für den Betreuungssektor fordern, kritisch zu hinterfragen.

Zunehmend wichtiger wird die Integration von Eltern in die Arbeit der Einrichtungen: Eltern sollen ihre Kinder nicht nur an der Tür abgeben, sondern gemeinsam mit den Erzieherinnen den Entwicklungsprozess ihrer Kinder gestalten. Eltern werden damit nicht auf einen „Kundenstatus“ reduziert, sondern durch ihre Kinder ebenfalls Zielgruppe der Einrichtung. Auch für Eltern gilt schließlich das Motto: „Erziehung setzt die eigene persönliche Entwicklung voraus“!

Alles in allem sollte es in unserer „Wissengesellschaft“ selbstverständlich sein, das Potenzial der frühen Kindheit aufzugreifen und zu fördern, um der zunehmenden Notwendigkeit des lebenslangen Lernens eine hinlängliche Basis zu verschaffen.

## Orientierung durch Bildung

Nicht nur im Hinblick auf die Grundlegung der Lernfähigkeit im kognitiven Sinne – zu lernen, wie man lernt – ist ein möglichst früher Bildungseinstieg wünschenswert, sondern auch auf Grund der fortschreitenden Individualisierung, die den Menschen zunehmend die eigenverantwortliche Bewältigung zahlreicher Umbrüche in allen Lebensbereichen abnötigt. Traditionelle Lebensentwürfe in den gewohnten Bahnen werden zunehmend zur Ausnahmeerscheinung werden, Neuorientierungen und Umlernen in Beruf und Privatleben notwendig sein. Bildung bedeutet also vor allem Orientierung unter sich ständig wandelnden Bedingungen. Was ist jedoch die Regel trotz der sich abzeichnenden und sich ständig verschärfenden Lebensbedingungen in der Wissensgesellschaft? Die ersten sechs bis sieben Jahre verstreichen, ohne dass Kinder in Deutschland mit wichtigen Bildungserfahrungen und -inhalten in Berührung gekommen wären. Bildung

beginnt in Deutschland, gleichgesetzt mit Schule, wenn die entwicklungsreichsten Jahre vorbei sind. Lernen, auf Leistungsansprüche reduziert, erscheint als etwas, das man möglichst aus der frühen Kindheit heraushalten, auf den früh genug beginnenden Ernst des Lebens verschieben sollte; als Zumutung im Paradies der Kindheit.

„Schenkt den Kindern noch ein Jahr, lasst sie noch spielen“, wird Eltern entgegengehalten, die ihren Kindern einen früheren Schuleinstieg ermöglichen wollen. Als wenn vor der Schule nicht gelernt, in der Schule nicht mehr gespielt würde! Diese scharfe – und alles andere als sinnvolle – Abgrenzung zwischen Elementar- und Primarbereich hat zweifellos dazu beigetragen, dass die Schulreife vieler Sechsjähriger bezweifelt werden muss.

Fatalerweise wurde bislang die Debatte um Defizite des Bildungssystems nur an den Schul- und Hochschulbereich geknüpft.

## Bildung von Anfang an

Zeit also, den auch im KJHG festgeschriebenen Bildungsauftrag zu definieren und auszufüllen. Bislang wurden kaum Maßnahmen getroffen, um den Gleichklang von Betreuung, Erziehung und Bildung sicherzustellen. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor – verstärkt durch die Einführung des individuellen Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz – bei der Beaufsichtigung und Betreuung der Kinder.

Bei einer grundlegenden Reform sollen nach einhelliger Empfehlung der elementarpädagogischen Experten nicht Lehrpläne und Strukturen im Mittelpunkt stehen, sondern die Erzieherinnen. Folglich ist eine zentrale Forderung bei der Fortentwicklung des Kinderbetreuungsbereichs verstärkte Professionalisierung, die Reform der Erzieherinnenausbildung. Ihr Gelingen ist entscheidend für die Bildungsqualität in deutschen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ausgebildet an Fachschulen mit niedrigen Zugangsbedingungen, „fern von Kunst und Wissenschaft“ (D. Elschenbroich), werden in Deutschland bislang junge Frauen in den Beruf der Kindergärtnerin gelenkt, die selbst keine guten Bildungserfahrungen gemacht haben. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Beschäftigten des Berufsfeldes vervierfacht, das zu 95 Prozent von Frauen ausgeübt und schlecht bezahlt wird: Lediglich zwei Drittel eines Grundschullehrgelohns sind zu verdienen. Ein typischer Frauenberuf eben. Auf Grund der deutschen Ausbildungsordnung können sie ihren Beruf – mit Ausnahme Österreichs – in keinem europäischen Nachbarland ohne Nachqualifizierung ausüben. Dies ist kein sonderlich motivierender Befund. Die Zunft ist in Aufruhr: Ihr ist bekannt, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich schwach abschneidet; sie sieht sich unter Druck, hohen Erwartungen ausgesetzt, ohne aber eine entsprechende Vorbereitung beziehungsweise kontinuierliche Weiterbildung zu erhalten, pädagogisch vertretbare Arbeitsbedingungen vorzufinden oder einen entsprechenden Status genießen zu können.

Zugangsbedingungen, Ausbildung und Honorierung – ein aufschlussreiches Wechselverhältnis – legen schonungslos offen, welche geringe Bedeutung öffentlicher Kinderbetreuung in Deutschland beigemessen wird.

### Im europäischen Vergleich

Bei allen Unterschieden zwischen den EU-Ländern gibt es eine auf alle zutreffende Erscheinung: In einem ersten Schritt wurden auf Grund eines gesellschaftlichen Bedarfs Einrichtungen geschaffen und erst anschließend die Frage nach der Qualifikation des Personals gestellt. So sind im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Formen der institutionalisierten Kinderbetreuung entstan-

den sowie unterschiedliche Berufsgruppen. Dabei kommt den Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter in allen EU-Ländern wesentlich mehr Gewicht zu als der außerschulischen Betreuung von Schulkindern; sowohl quantitativ hinsichtlich der Anzahl der betreuten Kinder als auch qualitativ im Sinne der Entwicklung und Durchsetzung pädagogischer Konzepte (Oberhüemer/Ulich).

Das Konzept des entwicklungsfördernden Kindergartens als Lern- und Entwicklungschance für alle Kinder – nicht nur für bedürftige! – wird überwiegend nur für die Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen angewendet. Für Kinder von null bis zwei Jahren sind in den meisten Ländern nach wie vor die sozialen Behörden zuständig; allerdings setzt sich auch hier zunehmend ein stärkerer pädagogischer als sozialfürsorglicher Ansatz durch. Im Wesentlichen gibt es also zwei voneinander getrennte Systeme in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Griechenland und Spanien.

Demgegenüber entspricht die dänische Erziehungspolitik dem Konzept einer qualitativ hochwertigen Erziehung und Betreuung für alle Altersgruppen; die außerfamiliale Erziehung wird als Lern- und Entwicklungschance verstanden und von einer vergleichsweise höher ausgebildeten Fachkraft versehen.

Ein positiver Nebeneffekt der Einrichtung des Ausbildungsgangs zum *paedagog* in Dänemark ist die große Resonanz auch bei Männern. Von Experten wird seit langem ein höherer Anteil (Zielmarke sind derzeit zwanzig Prozent) männlicher Erzieher nachdrücklich gefordert, um vor allem Jungen auch männliche Bezugspersonen an die Seite zu stellen. Oft genug fehlen ihnen Vorbilder des eigenen Geschlechts durch verbreitete Väterabwesenheit – mit unübersehbar nachteiligen Folgen für ihre Entwicklung. Die Schaffung von Anreizen für das Prak-

tizieren neuer Männerbilder gehört im Erziehungssektor zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben, um die Engführung traditioneller Geschlechterrollen zu durchbrechen.

Dieser Ansatz wird mittlerweile auch von anderen skandinavischen Ländern, in Teilen Norditaliens und seit der Bildungsreform von 1990 auch in Spanien praktiziert; hier wird zum Beispiel eine Qualifikation als „Lehrer für frühkindliche Erziehung“ verlangt. Zudem ist Spanien das erste europäische Land in der EU, das den Betreuungssektor dem Bildungsressort zugeordnet hat.

In den skandinavischen Ländern ist der pädagogisch fundierte Ansatz kombiniert mit einem Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz, zum Beispiel in Schweden ab achtzehn Monaten für Eltern in Ausbildung oder Studium. Auch in Finnland gilt dieser Anspruch bereits seit 1990 und ist als Reaktion auf die steigende Erwerbstätigkeit von Müttern und Missstände in der privaten Tagespflege zu werten.

Im Wesentlichen lassen sich die vielen europäischen Unterschiede an zwei Konzepttypen festmachen: die Vorschule und die Kindertagesstätte. Beide Typen haben dabei ihre gemeinsame Wurzel im Konzept des Kindergartens als Lern- und Entwicklungsinstitution für Kinder zur ganzheitlichen, sozial-emotionalen und kognitiven Förderung durch das Spiel. In den Ländern Belgien, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Spanien und seit 1997 auch Schweden ist die vorschulische Erziehung in den Bildungssektor integriert und heißt auch Vorschule, mit Einschränkung auch in Griechenland, Großbritannien und Portugal. In Dänemark, Deutschland, Finnland und Österreich ist sie Teil des Wohlfahrtssystems und als Kindertagesstätte zu verstehen. In Portugal und Griechenland laufen beide Systeme parallel; es gibt also ein duales Angebot.

Wichtigstes Unterscheidungskriterium bleibt die Bedeutung des Bildungsaspekts, da in den Ländern des Vorschulsystems Bildung als staatliche Aufgabe aufgefasst und die vorschulischen Angebote damit für Eltern gebührenfrei sind; zudem liegt die Versorgungsquote bei fast hundert Prozent zumindest für Vier- bis Fünfjährige. Das sozialpflegerische Modell wird von den Gemeinden und freien Trägern versehen, die Verwaltung wird vor Ort betrieben, die Versorgungsquote liegt niedriger, und die Eltern zahlen sozial gestaffelte Beiträge. Die Kindertagesstätte versteht sich zudem mehr als familienergänzende, gemeinwesenorientierte Einrichtung und ist stärker auf das familiäre und soziale Umfeld des Kindes ausgerichtet; sie hat damit den Anspruch, das individuelle, kindbezogene Bildungsangebot mit Elementen der Betreuung, Sozial- und Gemeindegarbeit zu verbinden.

In den vergangenen Jahren haben sich die beiden Typen in ihrer Konzeptionierung sehr angenähert, sodass es zu einer stärkeren Verbindung familien- und gemeinwesenorientierter Betreuungs- und Erziehungskonzepte auf der einen sowie mehr auf Bildung und Chancengleichheit ausgerichtete Ansätze auf der anderen Seite gekommen ist. Diese Verbindung spielt vor allem in der Gestaltung des Übergangs zur Schule eine große Rolle; es gibt das Bemühen, einen eher gleitenden Übergang zu schaffen, was zum Beispiel in Belgien und Frankreich zur Praxis systematischeren Lernens zu einem früheren Zeitpunkt geführt hat.

In Deutschland und Österreich gibt es die traditionelle Grenzziehung zwischen den beiden Altersstufen null bis drei und drei bis sechs Jahre, wobei die Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren wenig entwickelt sind, die Versorgungsquote sehr niedrig und die außerfamiliäre Betreuung dieser Altersgruppe gesellschaftlich wenig akzeptiert ist. Sie wird – ge-

genüber dem Kindergartenkonzept – nicht als Lernchance für Kinder definiert. Die politische Diskussion findet lediglich unter dem Vorzeichen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt. Gleichzeitig ist der Kindergarten, ursprünglich als Bildungseinrichtung konzeptioniert (außer im Saarland und Rheinland-Pfalz), nicht dem Bildungsbereich zugeordnet.

### Reformdruck in Deutschland

In einer Selbstverpflichtung, die 1996 von allen EU-Ländern unterzeichnet wurde, haben sich die Mitgliedstaaten auf die Einhaltung von Mindeststandards in Einrichtungen für kleine Kinder festgelegt. Die angestrebten Ziele sollten von den Unterzeichnern im zeitlichen Rahmen von zehn Jahren, also bis 2006 umgesetzt werden. Derzeitiger Stand ist, dass bis auf Deutschland und Österreich alle Teilnehmer der Selbstverpflichtung nachgekommen sind, wobei sich als entscheidendes Hindernis die Reform der Erzieherinnen-ausbildung erweist. Zuletzt wurde 1999 in Italien die bereits 1990 gesetzlich grundgelegte Anhebung der Ausbildung auf Universitätsniveau umgesetzt.

Insgesamt entspricht diese Anhebung des formalen Ausbildungsniveaus sowie die Verlängerung der Ausbildung einem gesamteuropäischen Trend, der die gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz und die zunehmende Bedeutung von Betreuungseinrichtungen widerspiegelt. Beispielhaft wird die schwedische Ausbildung zur Vorschulpädagogin hervorgehoben, die neben Praktika grundlegende theoretische Ansätze zu Pädagogik, Soziologie und Entwicklungspsychologie mit der Aneignung praktischer Kompetenzen verbindet, zum Beispiel im musischen Bereich, zum Umweltschutz oder aktuellen gesellschaftlichen Themen. Auch wird die internationale Perspektive, die europäische Dimension eingebunden. So sind Auslandspraktika – wie auch in Dänemark – fester Bestand-

teil der Regelausbildung; seit 1995 ist es zudem möglich, einen internationalen Studiengang in Frühpädagogik zu absolvieren.

Die Ausbildung an Universitäten ist auch deshalb vorteilhaft, weil die Lehrkräfte ihre Studenten in Forschungsvorhaben einbeziehen können – Innovation und Erneuerung innerhalb des Berufsfeldes ist dann unmittelbarer zu verwirklichen. Insbesondere die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklungsarbeit führt in Deutschland und Österreich jedoch ein Schattendasein. Besonders nachteilig ist bereits heute für deutsche Erzieherinnen die Inkompatibilität ihrer Ausbildung mit den Ordnungen und dem formalen Niveau der europäischen Nachbarstaaten; sie unterbindet anregende Erfahrungen mit Bildungsgängen anderer Länder sowie fachlich wünschenswerte Kooperationen zwischen Ausbildungsinstitutionen mit unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkten in Grenzgebieten und verstößt damit gegen die Forderung nach Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt.

Es bleibt abzuwarten, wann auch die deutschen Entscheidungsträger, die auf Grund der föderalen Zuständigkeiten überwiegend auf Landesebene sitzen, ihre Blockadehaltung gegenüber den dringend gebotenen Reformen aufgeben und damit die Isolation Deutschlands (neben Österreich) im europäischen Kontext der Kinderbetreuung beenden. Eine Überarbeitung der derzeitigen Zuständigkeiten verbunden mit einer Deregulierung und Entflechtung der Zuwendungs- und Finanzierungswege scheint unumgänglich. Ob der saarländische Weg sich letztlich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall hat er für die notwendige Belebung der deutschen Diskussion über die Perspektiven der Fortentwicklung von Betreuung, Erziehung und Bildung in Kindertageseinrichtungen gesorgt.